Japan zu eröffnen, hat hier **allgemeine Bestürzung und Unsicherheit** ausgelöst, da jetzt **der Völkerbundsrat gezwungen ist**, das außerordentlich verwickelte Verfahren zur Regelung dieses Konfliktes in Gang zu setzen. Die Vertreter der Großmächte beschlossen, bis zum Eintreffen neuer Instruktionen ihrer Regierungen die Behandlung des Fernoststreites zurückzustellen. Man rechnet damit, daß **der Völkerbundsrat die nächste Woche hindurch in Permanenz tagen wird.**

Unterdessen treffen aus Schanghai fortgesetzt neue außerordentlich alarmierende Nachrichten ein.

*

Ohne speziell die Absicht gehabt zu haben, hat China durch diese klare Forderung wesentlich dazu beigetragen,

die Unfähigkeit und Ueberflüssigkeit des Völkerbundes

vor aller Welt zu entlarven.

Chinesische Bombe geschickt geplatzt

Anwendung des Artikel 15 vom Rat beschlossen

Nach mehrstündiger **Aussprache beschloß der Rat auf Grund des chinesischen Antrages das offizielle Verfahren des Artikels 15 einzuleiten. Die chinesischen und japanischen Vertreter wurden ersucht, entsprechend den Paragraphen 1 und 2 des Artikels 15 dem Generalsekretär des Völkerbundes sofort eine erschöpfende Darstellung der Streitlage und der einschlägigen Beweisstücke zu übermitteln, auf Grund deren der Generalsekretär in den nächsten Stunden dem Rat Vorschläge für das Verfahren machen soll.**

Man darf aber die Bedeutung dieses erzwungenen Beschlusses nicht überschätzen. Hätte der Völkerbund diesen Beschluß nicht gefaßt, so würde das der freiwilligen Selbstaufgabe gleichkommen. Man war gezwungen, so zu tun, als ob ... Wichtige Folgen wird das ja nicht haben — man will damit nur Zeit gewinnen und abwarten, was Amerika in der Sache unternimmt. Im übrigen bleibt es bei der alten Verschleppungstaktik.

Das offizielle Kriegsverfahren vor dem Rat

Japan stellt neue Forderungen

Genf, 29. Januar.

Die **öffentliche Sitzung** des Völkerbundsrates **am Freitag begann** in einer äußerst gespannten **Atmosphäre. Zum ersten Male** begann vor dem Rat das offizielle Kriegsverfahren auf Grund des Artikels 15 in einem kriegerischen Streit zweier Großmächte.

Zunächst wurde der chinesische Antrag auf Eröffnung des Verfahrens durch den Generalsekretär verlesen. Der Ratspräsident Paul-Boncour gab darauf eine kurze Erklärung ab. **Die vorbereitende Erklärung zur vorläufigen Beilegung des Streites sei durch die Ereignisse überholt.** Der Rat sei jetzt gezwungen, angesichts der drohenden Kriegsgefahr die tatsächliche Lage klar festzustellen. Der Rat dürfe nicht einem Vorgehen zustimmen, das außerhalb der internationalen Verpflichtungen des Völkerbundspaktes liege. **Die Maßnahmen auf Grund des Artikels 12 des Paktes würden durch das neu eingeleitete Verfahren nicht berührt.**

Der chinesische Gesandte Yen stellte darauf in einer Erklärung die Erfolglosigkeit der bisherigen Schlichtungsversuche des Rates fest. China könne jetzt nicht mehr länger warten. Es liege der Tatbestand eines offenen Angriffs auf die gebietsmäßige Unantastbarkeit und politische Unabhängigkeit Chinas durch Japan vor, zu deren Aufrechterhaltung und Achtung sich sämtliche Völkerbundsmitglieder im Artikel 10 des Paktes verpflichtet hätten. **Japan habe einen offenen Bruch des Geistes und des Buchstabens des Paktes begangen. China verlange vom Völkerbundsrat Gerechtigkeit. Der Völkerbundsrat müsse unverzüglich die im Artikel 15 vorgeschriebenen Maßnahmen ergreifen.**

*

Der japanische Botschafter Sato gab eine der chinesischen Schilderung völlig entgegengesetzte Darstellung der militärischen Ereignisse in Schanghai und erklärte, Japan sei keineswegs allein für die Entwicklung der Lage verantwortlich. Die Angriffe seien von chinesischen Truppen ausgegangen. Der Botschafter machte sodann eine Reihe rechtlicher Zweifel geltend über die Zulässigkeit eines gleichzeitigen Verfahrens auf Grund der Artikel 11 und 15 des Paktes und stellte vier Forderungen auf:

1. **Vorläufige Verschiebung der Abreise des Untersuchungsausschusses.**
2. **Neue Darlegung der gesamten Streitlage und Beibringung neuer Schriftstücke durch die chinesische Regierung.**
3. **Ablehnung der Einleitung des Verfahrens gemäß Artikel 15, da dieser Artikel auf dem Bruch der Beziehungen aufgebaut sei. Der Streit sei gegenwärtig noch in dem Stadium, daß ein Bruch der Beziehungen nicht in Frage komme. Die japanischen militärischen Maßnahmen seien lediglich notwendige Selbstschutzmaßnahmen.**
4. **Anwendung des Verfahrens des Artikels 15 erst in dem Fall, wenn alle Mittel der Verständigung auf dem Wege direkter Verhandlungen erschöpft seien.**

Der japanische Botschafter erklärte, der Rat müsse im übrigen zunächst die Mittel des Artikels 11 erschöpfen.

*

Die japanische **Parade ist vor allem psychologisch nicht ungeschickt: sie gibt dem Völkerbund gute Gelegenheit, zu der alten Verschleppungstaktik überzuleiten.**

*

Weiterverlauf des Kriegsverfahrens vor dem Rat

Genf, 29. Januar.

Der Ratspräsident Paul-Boncour lehnte im weiteren Verlauf der Aussprache die japanische Forderung ab, die rechtliche Zulässigkeit des chinesischen Antrages zu prüfen, da nach dem Pakt das Verfahren auf Grund des Artikels 15 ohne Prüfung auf Grund des Antrages eines Mitgliedsstaates eröffnet werden muß. Ebenso lehnte er den japanischen Hinweis der Unzulässigkeit einer gleichzeitigen Anwendung der Artikel 11 und 15 ab.

Der japanische Botschafter Sato hielt seinen Standpunkt uneingeschränkt aufrecht und betonte, daß angesichts des **Ernstes des Streitfalls, der den Frieden, vielleicht sogar den Weltfrieden bedrohe,** die japanische Regierung größte Bedeutung auf das jetzt vom Rat eingeschlagene Verfahren legen müsse. Er behalte sich daher vor, zu der Verfahrensfrage Stellung zu nehmen. Der chinesische Schritt werde in der gesamten japanischen Oeffentlichkeit große Erregung hervorrufen und sei kaum geeignet, die schon außerordentlich gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu bessern und eine schleunige Regelung herbeizuführen.

Paul-Boncour richtete zum Schluß an die japanischen und chinesischen Vertreter die Aufforderung, ihre Regierungen telegraphisch zu ersuchen, während der Dauer des Völkerbundsverfahrens jede weiteren Verluste an Menschenleben zu vermeiden und sich aller Maßnahmen zu enthalten, die eine nicht wiederautzumachende Tatsachenlage schaffen könnten. Paul-Boncour teilte mit, daß der Rat jetzt in Permanenz tagen werde.

Kriegsoperationen im vollen Gange

Heftige japanische Fliegerangriffe in Charpei
Zusammenstoß zwischen chinesischen und englischen Truppen

Schanghai, 29. Januar.

Japanische Bombenflugzeuge setzten während sechs Stunden der vergangenen Nacht das Bombardement von Chapei ununterbrochen fort. Nach einer kurzen Unterbrechung begannen beim Morgengrauen die Bombenangriffe von neuem. Das Feuer, das durch Brandbomben immer wieder von neuem angefacht wurde, wütete während der ganzen Nacht und zerstörte ganze Häuserreihen. Eine Bombe fiel in die internationale Niederlassung, ohne jedoch Schaden anzurichten. Auch ein Nebengebäude der amerikanischen Methodistenkirche und die Werft der chinesischen Handelsschiffahrts-Companie in der französischen Konzession wurde durch Bombenwürfe beschädigt. Die Eisenbahnlinie nach Wusung ist an einer Stelle durch eine Fliegerbombe zerstört worden.

Tausende von Chinesen und Ausländern haben sich auf den Dächern der Häuser versammelt und beobachten die Kampfhandlungen. Die Japaner haben das chinesische Hauptquartier in Chapei besetzt, während die Chinesen mit Hilfe von Panzerwagen den Nordbahnhof zurückerobern konnten.

Japanische Bombenflieger griffen daraufhin den Bahnhof an und zerstörten einen Flügel des Gebäudes.

Im westlichen Teil der internationalen Niederlassung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen englischen Truppen und chinesischen Schützen, wobei ein Engländer verwundet wurde. Eine andere englische Kompanie ist in einem Ausläufer der internationalen Niederlassung durch japanisches und chinesisches Kreuzfeuer eingeschlossen.

Die Verluste der Chinesen während der bisherigen Kämpfe um Chapei werden auf 2500 geschätzt. Die Japaner beziffern ihre Verluste auf neun Tote und 47 Verwundete. Sämtliche Krankenhäuser sind überfüllt.

Chinesische und japanische Verstärkung nach Schanghai

Die chinesische Regierung hat weitere Truppen nach Schanghai entsandt. Am Freitag verließen 10 000 Mann Kanton-Truppen und die dritte Division der chinesischen Nationalgarde Nanking, um die Garnison von Schanghai zu verstärken. Die Menge bereitete den Soldaten einen begeisterten Abschied.

*

Tokio, 29. Januar.

Die japanische Admiralität hat ein weiteres Flugzeugmutterschiff und die zweite Zerstörerflottille am Freitag nach Schanghai entsandt.

Frühere Reichstagseinberufung geplant?

Berlin, 29. Januar.

Die Festsetzung des Termins für die Reichspräsidentenwahl wird, wie die TU. aus parlamentarischen Kreisen hört, durch den Reichstag selbst erfolgen und nicht durch seinen ständigen Ausschuß.

Da der 23. Februar, an dem der Reichstag wieder zusammenzutreten beschlossen hat, zu spät für die Festsetzung des Termins für die Reichspräsidentenwahl ist, wird die Einberufung des Parlaments, wie die TU. weiten hört, erfolgen, sobald die Bemühungen um die Kandidatur Hindenburgs abgeschlossen sind. Reichstagspräsident Löbe wird dann den Reichstag nur zum Zwecke der Bestimmung des Wahltermins sofort einberufen, da ja aus der Mitteilung der Parteien, die die Kandidatur Hindenburgs unterstützen, hervorgehen dürfte, daß nunmehr eine Mehrheit des Reichstags seine Einberufung wünscht.

Der unter der Leitung des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahm stehende Ausschuß zur Vorbereitung der Kandidatur Hindenburgs glaubt, wie man weiter aus parlamentarischen Kreisen erfährt, am Montag mit seinem Aufruf an das Volk vor die Oeffentlichkeit treten zu können. Theoretisch würde also eine Einberufung des Reichstags schon für die übernächste Woche möglich sein. Da sich jedoch der Reichskanzler zu dieser Zeit in Genf aufhalten wird, so wird voraussichtlich ein etwas späterer Termin für den Zusammentritt des Parlaments gewählt werden müssen.

Kurze politische Nachrichten

Graf Helldorf verhaftet.

Berlin, 29. Januar.

Im Kurfürstendamm-Prozeß wurde bei Beginn der Verhandlung am Freitag Graf Helldorf aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Graf Helldorf, der sich am Donnerstag mit dem Flugzeug von München nach Berlin zurückbegeben wollte, mußte infolge Nebels in der Nähe von Nürnberg notlanden. In Nürnberg wurde er verhaftet.

*

Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz am 13. März.

Neustrelitz, 29. Januar.

Als Tag der Neuwahl des Mecklenburg-Strelitzer Landtages ist vom Staatsministerium der 13. März festgestellt worden.

*

Kyffhäuserbund und Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 29. Januar.

Der Vorstand des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser stellt mit allem Nachdruck fest, daß seitens des Kyffhäuserbundes keinerlei Bindungen in irgendeiner Form getroffen sind, die auf die Reichspräsidentenwahl Bezug haben.

Näheres über die Haltung des Kyffhäuserbundes war bisher nicht zu erfahren.

Der Riesaer Prozeß

Das Reichsbanner lügt!

Vor dem Schwurgericht Dresden begann am 20. Januar die Hauptverhandlung gegen die Pgg. Lubatsch, Horst und Johannes die Pgg. Lubatsch, Horst und Johannes Mertsch, Günther, Hölzig, Ehrlenbach, Helmecke und Fiedler wegen Körperverletzung mit Todesfolge, Raufhandel u. a.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Lehmann, die Anklage vertritt Staatsanwalt Hartmann. Drei Angeklagte werden durch Justizrat Dr. Knoll, die übrigen durch Rechtsanwalt Dr. Mangler vertreten. Als Vertreter des Nebenklägers fungiert Rechtsanwalt Dr. Günther, der sich dem Verfahren wegen Sachbeschädigung anschloß, weil dem Toten bei seiner Verletzung das Hemd zerstochen worden ist. (Bis zur Klagevertretung dieses „interessanten" Umfanges reichts bei Rechtsanwalt Günther gerade noch.)

Der Verhandlung liegt folgender Vorgang zugrunde:

An den letzten Oktobertagen 1931 begann unsere Riesaer Ortsgruppe für einen Vortrag, den Pg. Schemm am 6. November halten wollte, Reklame zu machen. An allen Litfaßsäulen prangten die Ankündigungen. Das ärgerte das Reichsbanner und verwandte Organisationen derart, daß sie die Plakate herunterrissen. Auf eine diesbezügliche Beschwerde wurde der Rat erteilt, die Litfaßsäulen im Auge zu behalten. Was auch geschah. Unsere Gegner wurden daraufhin derart gereizt, daß sie ihre unsachlichen Angriffe gegen unsere Parteigenossen persönlich richteten. Zum Beweis und allgemeinem Verständnis sei hierzu bemerkt, daß eine Streife von

4 Mann SA.-Reserve mit Führer vor einem SPD.-Lokal von achtzig Sozialdemokraten überfallen

wurden. Da der Führer nicht mit umzingelt wäre, benutzte er seine Signalpfeife. Das schrille Zeichen erschreckte die Angreifer so sehr, daß sie augenblicklich von unseren Leuten abließen und Hals über Kopf in das Lokal zurückstürzten. Die kurz darauf vorgenommenen polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß trotz der zwanzigfachen

Uebermacht

kein einziger Parteigenosse, wohl aber dreizehn SPDisten verletzt waren.

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung des Leitartikels von Seite 1.)

können Brünings Erklärungen, die an sich an der Peripherie des Revisionismus bewegen, nicht gelten, denn Brüning ist, sowohl als Zentrumsmann, als auch als Notverordnungskanzler seit jeher Erfüllungspolitiker gewesen, Anhänger Rathenaus, Erzbergers, Wirths und des nicht nur leiblich, sondern auf Grund der Tatsachen auch geistig toten Stresemanns. „Brüning von 1919 bis 1981" wäre eine interessante Studie. Endlich ist Brünings reparationspolitische Erklärung auch nicht der Anfang einer politischen Tat, denn Brüning unternimmt ja nichts, um vor allem England, aber auch Italien und schließlich Japan, die alle noch formell Deutschlands Tributgläubiger sind, zu einer politischen Kampffront gemeinsam mit Deutschland zusammenzuschweißen, die Frankreich entgegentritt und das Joch Europas, das Unfriedensdiktat von Versailles, kurzerhand abwirft. Somit sinken Brünings Erklärungen zu öden Tatsachenfeststellungen herab, ausgesprochen unter dem Drucke finanzieller Verhältnisse und eines mehr und mehr gegen den Willen der Regierung zum Widerstande erzogenen Volkes, wertlos in ihrem Bestand, weil nichts davor- und nichts dahintersteht.

Dazu hat die Angelegenheit noch eine andere Seite. Nicht nur deshalb, weil wir nichts mehr können, sondern deshalb, weil es unsere Ehre fordert, hätten wir die Tributzahlungen längst einstellen müssen. In der Politik der letzten 13 Jahre ist freilich der Ehrbegriff auf Eis gelegt worden und erstarrt, weil eine ehrlose Partei durch eine ehrlose Tat am 9. November 1918 andere Wertmesser politischen, besser pseudopolitischen Handelns eingeführt und sie auch Brüning in die Hand gedrückt hat. Und wenn wir Deutschen trotz des für uns unglücklichen Ausganges des Krieges Milliardäre geblieben wären, so verlangt unser Ehrgefühl, dem Feinde davon gutwillig keinen roten Heller zu geben. Zum Fluche wird die Erfüllungspolitik dann, wenn sie von einem ausgepowerten Volke ausgebadet werden muß.

Brüning und die Seinen sollen ja nicht glauben, ihre Hände in Unschuld gewaschen zu haben, als sie die Tributverweigerungserklärung abgaben und bejubelten. **Diese Knospe am mistelzerfressenen Baume sozialdemokratisch-zertrümlich-demokratischer Unterwerfungspolitik rettet weder das Volk vor dem Untergang, noch seine Zerstörer vor der Abrechnung.**

Im übrigen kann Herr Brüning noch viele Erklärungen abgeben, deren Inhalt aus nationalsozialistischem Gedankengut zusammengestoppelt ist. **Nationalsozialistische Politik, die die natürlichen Lebensgesetze unseres Volkes und der Völker untereinander wiederum zur Geltung bringen wird, können nur Nationalsozialisten treiben.** Mit einer Handbewegung ist die an der Reparationsfrage interessierte Staatenwelt über Brünings Erklärung hinweggegangen. Eine deutsche Reparationspolitik im Rahmen einer allgemeinen Revisionspolitik wird eine neue Epoche europäischer Entwicklung einzuleiten haben.

Hitlerworte zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 29. Januar.

In einer Versammlung der NSDAP. im Sportpalast sprach am Freitagabend anschließend an eine Trauerkundgebung für die in der letzten Zeit ermordeten Parteigenossen der braunschweigische Innenminister Klagges.

Er betonte unter anderem, daß der Nationalsozialismus der Widerpart des Systemes von 1918 sei und es als seine historische Sendung betrachte, die Folgen dieses Systemes ungeschehen zu machen. Solange der Nationalsozialismus nicht in ganz Deutschland herrsche, könne in einzelnen Ländern wie z. B. Braunschweig nicht allein die Lösung der Wirtschaftskrise in Angriff genommen werden. Trotzdem sei eine nationalsozialistische Länderregierung nicht zur politischen Ohnmacht verurteilt. Der Redner erwähnte in diesem Zusammenhang, daß es in diesem Jahr gelungen sei in Braunschweig **trotz der Notzeit einen ausgeglichenen [illegible] zu erreichen.**

Anschließend wendete sich der Chef [illegible] pressеamtes Berlin, Pg. Hinkel, [illegible] die Marxisten, die früher die Annahme des Versailler Vertrages, des Dawes- und Youngplanes ermöglicht hätten, jetzt gegen die Reparationen wetterten.

Der Redner kam dann auf die Reichspräsidentenwahl zu sprechen und erklärte, daß bei den Nationalsozialisten darüber nur ein Mann entscheide, und das sei Adolf Hitler. Diese Worte lösten eine Kundgebung für Hitler aus, die in der Forderung gipfelte, daß Hitler Reichspräsident werden müsse. Hinkel verlas darauf ein Schreiben Adolf Hitlers zur Reichspräsidentenwahl, in dem es u. a. heißt:

„Wir brauchen einen deutschbewußten starken Reichspräsidenten, der dem Rede- und Uniformverbot ein Ende bereitet. Er muß ein Herz haben für das geknechtete und notleidende deutsche Volk, vor allem für die blutig geschlagene und [illegible] deutsche Jugend. Dann wird er [illegible] dem roten Terror ein Ende [illegible] Ziel wollen wir alle arbeiten oder schweigen müs-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417175655-19320130/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG